

Titel Unsere Vision für das Willy Brandt Center Jersualem

AntragstellerInnen Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Unsere Vision für das Willy Brandt Center Jersualem

1

2 _____

3

4 **„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ – Unsere Vision für das Willy Brandt Center**
5 **Jersualem**

6

7 Vor dem Hintergrund der Entwicklungen zwischen unseren israelischen und palästinensischen Schwesterorganisatio-
8 nen Shabibeht Fateh, Young Labour und Young Meretz und uns und den damit zusammenhängenden Verwerfungen
9 hat sich unser Verband im Verlauf des letzten Jahres in einem Visionenprozess für unser Projekt innerhalb des Willy
10 Brandt Centers Jerusalem befunden. Maßgebliche Ziele dabei waren zum einen die grundsätzliche Rolle unseres Ver-
11 bandes im Rahmen der politischen Kooperation zu diskutieren und aufs Neue zu definieren. Zum anderen hat sich
12 unser Verband mit inhaltlichen Fragen und Positionen im Kontext des israelisch-palästinensischen Konfliktes aus-
13 einandergesetzt, um inhaltliche Grundlagen der Kooperation zu stärken. Expert*innen aus den Landesverbänden
14 und Bezirken haben sich über mehrere Wochenenden und Videokonferenzen intensiv ausgetauscht und gemeinsam
15 diesen Antrag verfasst.

16 **Kurzer Rückblick – was in unseren Augen passiert ist**

17 Auf dem Bundeskongress 2019 in Schwerin haben wir mit Teilen der Anträge „*Antisemitismus in den Vereinten Nationen*“
18 und „*Solidarität mit Israel – gegen jeden Antisemitismus und Antizionismus!*“ den Konsens der Zusammenarbeit des
19 Willy Brandt Centers Jerusalem verlassen und uns für unsere Partner*innen für eine weitere Beteiligung am Projekt
20 disqualifiziert. Vor, während und nach dem Bundeskongress sind viele Fehler gemacht worden:

21 Wir hätten die Anträge mit unseren Partner*innen im Projekt kommunizieren und ihren Meinungen Raum geben
22 müssen. Das haben wir weder vor dem Kongress noch währenddessen – obwohl Vertreter*innen anwesend waren
23 – noch danach getan. Unsere Schwesterorganisationen haben davon aus der israelischen Presse erfahren, das kann
24 und darf in einer Partner*innenschaft auf Augenhöhe nicht sein.

25 Auch innerhalb der Jusos und zwischen Jusos und WBC war die Kommunikation mitunter verworren und wenig ziel-
26 führend. Dadurch war weiten Teilen des Verbandes die Sensibilität der Thematik in dem Ausmaß nicht bewusst.
27 Die wichtige Bildungsarbeit zum israelisch-palästinensischen Konflikt und der Arbeit des Willy Brandt Centers ist in-
28 nerhalb des Juso-Bundesverbandes in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Diese Standortbestimmung fand bis
29 zum Bundeskongress 2019 nicht statt. Mit Hinweis auf eine folgende interne Standortbestimmung wurden inhaltliche
30 Positionierungen mit Anschlusspunkten zum israelisch-palästinensischen Konflikt in den letzten Jahren aktiv vermie-
31 den. Diese Standortbestimmung war für uns als Verband überfällig. Wir haben mit diesen Anträgen das Prinzip von
32 „Do No Harm“ verletzt und sind unserem Anspruch der Doppelten Solidarität nicht gerecht geworden und haben

33 unsere Partner*innen nachhaltig in Gefahr gebracht. Wir sind uns der Konsequenzen, die diese nach sich gezogen
34 haben, bewusst und nehmen die Verantwortung auf uns.

35 **Internationalismus wieder mit Leben füllen – wann, wenn nicht jetzt?**

36 Seit etwa 25 Jahren ist das Willy Brandt Center in Jerusalem das zentrale Projekt unserer internationalistischen Arbeit.
37 Mehrere Generationen von jungen progressiven Menschen aus Israel, Palästina und Deutschland haben dort Raum
38 für Kennenlernen, politischen Austausch und Verständigung gefunden. Grundlage dieser Verständigung war und
39 ist für uns Jusos dabei der Grundsatz der Doppelten Solidarität. Das bedeutet für unsere politische Arbeit konkret,
40 solidarisch an der Seite der progressiven Kräfte in Israel und Palästina zu stehen, bei all unseren Positionierungen
41 die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Narrative anzuerkennen und die Perspektive unserer Partner*innen in
42 der Region einzunehmen. Es bedeutet nicht, an der Seite einer einzelnen Konfliktpartei zu stehen, sondern auf der
43 Seite derjenigen, die sich in der Region für eine friedliche Lösung des Konfliktes einsetzen. Dabei gilt es, stets auch
44 Widersprüche auszuhalten und konfliktensibel zu kommunizieren. Dieser Antrag ist ein Aufschlag, diesen Grundsatz
45 unserer internationalistischen Arbeit wieder mit Leben zu füllen.

46 Unser Projekt innerhalb des WBC fußt auf der uns einenden sozialistischen Idee, dass Menschen sich über Länder-
47 und Konfliktgrenzen hinweg verständigen, kennenlernen und freundschaftlich zusammenarbeiten können, sodass
48 eine nachhaltige Friedensperspektive möglich sein kann. „Entscheider*innen der Zukunft“ bringt Menschen zusam-
49 men, die zukünftig an wichtigen Stellen (mit)entscheiden werden, damit eine Beilegung des israel-palästinensischen
50 Konfliktes durch die handelnden Personen selbst errungen werden kann. Als dritte Partnerin wollen wir Bindeglied
51 sowie in vielen Momenten ausgleichendes Moment zwischen zwei Konfliktparteien sein. Das bedeutet für uns kon-
52 kret:

- 53 • Die Partner*innen erwarten von uns zu Recht, dass wir ihnen mit unserer Positionierung nicht schaden und
54 das ist auch unser eigener Anspruch. Third party zu sein bedeutet, sich inhaltlich nicht einseitig zu positionieren,
55 mehr zuzuhören und zu versuchen, die unterschiedlichen Perspektiven zu verstehen. Wir verstehen uns als ein
56 gleichberechtigtes Drittel innerhalb der Partner*innenschaft, sind aber keine Konfliktpartei. Wir übernehmen
57 gleichwertig Verantwortung für die Ausrichtung des Projekts. Die Deutungshoheit für Fragen rund um den
58 Konflikt sehen wir jedoch bei unseren Partner*innen vor Ort, weil uns der Konflikt nicht unmittelbar betrifft.
59 Aus dieser Überzeugung heraus wollen wir keine Anträge, die sie oder Themen aus der Region berühren,
60 beschließen, die nicht im Vorhinein mit unseren Partner*innen abgestimmt sind. Ein Veto der Partner*innen
61 bezüglich inhaltlicher Positionierung zum Konflikt akzeptieren wir.
- 62 • Zur Sicherstellung dieser Vorgehensweise bedarf es eines strukturierten Verfahrens sowohl innerverbandlich
63 als auch mit den Partner*innen. Diesbezügliche Anträge sollen dem Center sowie den Partner*innen frühzeitig
64 angezeigt werden. Dies setzt einen ständigen Dialog und ein gegenseitiges Commitment zwischen Bundesver-
65 band sowie Landes- und Bezirksverbänden voraus. Es bedarf einer Verständigung zwischen diesen Ebenen,
66 dass Pläne zur Positionierung frühzeitig angezeigt werden. Sowohl Verbände als auch der Bundesvorstand
67 sind sich ihrer Verantwortung für unsere Kooperation bewusst. Nicht der Bundesverband, sondern der Ge-
68 samtverband ist third party. Die Rolle der Jusos im WBC ist nicht trennbar von der Arbeit der Jusos als Verband.
- 69 • Diese Verantwortung bedeutet für uns, unsere gemeinsamen Erfahrungen in das Projekt zu tragen. Das Willy
70 Brandt Center in Jerusalem bietet Raum für moderierten Austausch zwischen allen drei Partner*innen, das
71 macht uns Jusos nicht zur vermittelnden Partei. Im Projekt entwickelte Positionen wollen wir in eine nationale
72 und internationale Debatte sowie in unsere Mutterpartei hineinragen und auf deren vorhandene Handlungs-
73 spielräume einwirken.
- 74 • Third party ist nicht gleichbedeutend damit, neutral zu sein, denn tatsächliche Neutralität gibt es aus unserer
75 Sicht nicht. Es bedeutet jedoch nicht, parteilich für eine Seite des Konflikts zu sein, sondern parteilich für Men-
76 schenrechte, Freiheitsrechte sowie für unsere jungsozialistischen Grundüberzeugungen Internationalismus,
77 Feminismus und Sozialismus zu sein sowie gegen jede Form der Diskriminierung einzustehen. Die Rolle der
78 third party nehmen wir aus Überzeugung, Hingabe und Commitment für das Projekt ein.

79 **Dabei ist zu beachten:** Unsere Perspektive ist immer die der Nachfolgenerationen der NS-Täter*innen. Aus dieser
80 historischen Verantwortung und unserer jungsozialistischen Identität ergibt sich das Bedürfnis, in den Themenberei-
81 chen Kampf gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu arbeiten.

82 Als Kooperationspartnerin, die nicht Konfliktpartei ist, erheben wir keinen Anspruch auf direkte positive Outco-
 83 mes oder Benefits, die unser Verband von im israelisch-palästinensischen Konflikt lebenden Menschen gegeben
 84 bekommt. Grundsätzlicher Austausch, die damit einhergehenden Perspektiverweiterungen, weg von einer weißen,
 85 eurozentristischen hin zu einer globalen sozialistischen Sichtweise auf Augenhöhe, sehen wir als positiven Neben-
 86 effekt unserer politischen Bildungsarbeit an. Der Anspruch an Austauschdelegationen ist jedoch nicht ein "Konsum"
 87 von Konflikt oder "Konflikttourismus", sondern wir verstehen und tragen die Verantwortung, die mit unserer Teil-
 88 habe an diesem trilateralen Austausch einhergeht. Wir möchten einen **sicheren Raum** für politische Kooperation
 89 zwischen Menschen schaffen, für die es keine Selbstverständlichkeit ist, an einem Verhandlungstisch zu sitzen und
 90 deren Umfeld eine solche Kooperation zum Teil erschwert oder nicht zulässt. Wir müssen uns dem Risiko, dem sich
 91 diese Menschen aussetzen, bewusstmachen. Für unsere Arbeit ergibt sich daraus folgendes:

- 92 • Eine offene, ehrliche und direkte Kommunikation auf Augenhöhe sehen wir als einen Teil einer politischen
 93 Partner*innenschaft an, deren langfristiges Ziel eine friedliche Verständigung basierend auf Verständnis, Zu-
 94 sammenarbeit und internationaler Freundschaft ist.
- 95 • Wir erkennen die roten Linien unserer Partner*innen an und respektieren diese.

96 Unser langfristiges Ziel mit dem Projekt ist es, junge Menschen in Israel, Palästina und Deutschland zusammenzu-
 97 bringen und nachhaltige Strukturen in der Region zu schaffen, die progressiven Akteur*innen eine Plattform für
 98 Austausch und Debatte bietet. Ziel ist es weiterhin, Multiplikator*innen in der Region miteinander zu vernetzen und
 99 zu empowern.

100 Als Partner*innen wirken wir auch über die Kooperation hinaus in unseren sozialistischen Dachverbänden YES und
 101 IUSY. Wir verstehen uns auch auf diesen Ebenen als Verbündete auf der Seite derjenigen, die sich in der Region für
 102 eine friedliche Lösung des Konfliktes einsetzen. Für unsere Partner*innen wollen wir Ansprechpartner*innen sein,
 103 auf die sie auch auf diesen Ebenen stets vertrauen können. Wir wollen einen Raum unterstützen, in dem sich die
 104 Partner*innen selbstbestimmt auf Positionen einigen können, für die wir in weiteren politischen Prozessen Partei
 105 ergreifen werden.

106 **Alltag im Konflikt – unterschiedlichen Perspektiven Rechnung tragen**

107 **Sicherheit**

108 Der politische Verhandlungsprozess zwischen Israel und Palästina ist seit dem Abbruch direkter Verhandlungen im
 109 Jahr 2013 weitestgehend zum Stillstand gekommen. Eine Lösung mit dem Ergebnis zweier selbstständiger Staaten in
 110 Frieden und Sicherheit ist zurzeit nicht in unmittelbarer Sicht. Gewalt ist eine allgegenwärtige Bedrohung.

111 Stillstand bedeutet bestehendes Unrecht zu zementieren. Es gab in den letzten Jahren nicht nur Stillstand in den
 112 Verhandlungen, sondern sogar Rückschritte. Es kann nur eine friedliche Lösung geben, die die grundlegenden In-
 113 teressen der Bevölkerungen berücksichtigt. Die Perspektive eines fairen und gerechten Ausgleichs trägt zu einem
 114 Ende der Gewalt bei. Wir setzen uns für eine friedliche Lösung auf dem Verhandlungsweg ein. Wir treten klar für die
 115 legitimen Sicherheitsinteressen Israels und Palästinas ein.

116 Die Jusos plädieren dafür, den israelisch-palästinensischen Konflikt als Konflikt der Region zu begreifen. Aufgrund der
 117 jüngsten Konfliktausbrüche ist die Region erneut von Instabilität geprägt. Das erschwert eine diplomatische Lösung
 118 mit Nachbarländern. Der israelisch-palästinensische Konflikt darf nie machtpolitisch für das Eigeninteresse von Staa-
 119 ten, die nicht Teil der Konfliktparteien sind, (aus)genutzt werden. Insbesondere die Zivilbevölkerungen sehen sich
 120 einer ständigen Bedrohung ausgesetzt. Attentate, Raketenangriffe und Bombardierungen sind eine alltägliche reale
 121 Angst. Wir verurteilen die Gewalt gegen die Zivilbevölkerungen. Ein Ende der Gewalt ist eine notwendige Bedingung
 122 für die Konfliktlösung. Nur durch ihr Ende kann der Konflikt gelöst werden. Deshalb waren in den vergangenen Jahr-
 123 zehnten sicherheitspolitische Interessen wahlentscheidend. In diesem Zusammenhang haben sich die politischen
 124 Diskurse im Rahmen der Bekämpfung der Gewalt immer weiter nach rechts verschoben. Nicht zuletzt ist das Aus-
 125 druck dieser Entwicklung. Sie soll ein Instrument zum Schutz der israelischen Bevölkerung sein. Die Sicherheitsinter-
 126 essen der israelischen Bevölkerung können somit im Konflikt zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen
 127 stehen. Ihre Freiheit wird dadurch direkt eingeschränkt und ein neuer Status Quo geschaffen, der die Grenzlinien von
 128 1967 ignoriert.

129 Regelmäßig schaukelt sich die Gewalt vor Ort hoch. Einer friedlichen Lösung auf der Basis von zwei unabhängigen und
 130 lebensfähigen Staaten wie sie in der Roadmap des Nah-Ost-Quartetts angelegt sind, ist absolute politische Priorität

131 einzuräumen. Der Gesprächsfaden muss wiederaufgenommen werden. Um den Sicherheitsinteressen beider Sei-
132 ten Rechnung zu tragen, müssen die relevanten Akteur*innen sowohl von der Anwendung dieser Gewalt absehen,
133 als auch aktiv Maßnahmen zu deren Beendigung einleiten. Nur mit dem Durchbrechen dieser Logik kann mittelfris-
134 tig für die Zivilbevölkerungen Sicherheit garantiert und eine bessere humanitäre Situation geschaffen werden. Wir
135 verurteilen jegliche Form der Gewalt gegen Zivilist*innen.

136 **Besatzung und Annexion**

137 Die Lebensrealität in Israel und Palästina ist geprägt von einer jahrzehntelangen israelischen Besatzung der palästi-
138 nensischen Gebiete. Resultat dieser Besatzung sind diverse Ungerechtigkeiten und Probleme in erster Linie für die
139 palästinensische aber auch für die israelische Bevölkerung.

140 Für die Palästinenser*innen bedeutet das, dass viele ihrer grundlegenden Menschenrechte nicht gewahrt sind. Auch
141 ihr Recht auf Selbstbestimmung in einem eigenen palästinensischen Staat konnte bisher nicht durchgesetzt werden.
142 Ein Resultat dieser fehlenden Staatlichkeit und der andauernden Besatzung sind die unterschiedlichen Rechtsmaß-
143 stäbe, die in den besetzten Gebieten Anwendung finden. Während bei Palästinenser*innen israelisches Militärrecht
144 angewendet wird, gilt für israelische Siedler*innen israelisches Straf- und Zivilrecht. Auch die Bewegungsfreiheit der
145 Palästinenser*innen wird durch die Besatzung stark eingeschränkt. Der Alltag ist geprägt durch Checkpoints, lange
146 Umwege, nicht genehmigte Permits und weiteren Einschränkungen wie die Sperranlage. Diese schränkt die Mobi-
147 lität der Palästinenser*innen weiter ein und zerstört auf diese Weise soziale und wirtschaftliche Strukturen in der
148 palästinensischen Gesellschaft. Die Sperranlage verläuft nicht entlang der Grünen Linie von 1967, sondern schneidet
149 in palästinensisches Territorium hinein, und verstößt so gegen internationales Recht. Wir erkennen die Sicherheits-
150 interessen Israels an, die destruktiven Auswirkungen dieser Sperranlage zementieren den Konflikt jedoch und sind
151 Hindernisse für einen dauerhaften Frieden. Sowohl die de facto Annexion von Ostjerusalem, die Abkommen von Os-
152 lo als auch folgende israelische Besatzungspolitik haben eine Situation verschiedenster Rechtsstatus innerhalb der
153 palästinensischen Bevölkerung herbeigeführt. Abhängig von geografischer Verortung in Zone A, B oder C im West-
154 jordanland und die Notwendigkeit von Permits für Bewegungen zwischen Israel bzw. Ostjerusalem und den palästi-
155 nensischen Gebieten bedingen gesellschaftliche Spannungsverhältnisse. Das führt zu einer weiteren Fragmentierung
156 der palästinensischen Gesellschaft.

157 Diese Bedingungen sowie das Versickern von Hilfgeldern in öffentlichen und privaten Strukturen der palästinen-
158 sischen Gesellschaft und zumeist gegenläufige entwicklungspolitische Strategien von Geberländern können keine
159 fruchtbare Grundlage für positive wirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklungen sein, wovon insbesondere die
160 junge Generation betroffen ist. Hinzu kommt, dass trotz ihrer zahlenmäßigen Mehrheit die Beteiligung von jungen
161 Menschen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen gering ist. Ihre Handlungsmöglichkeiten
162 und Lebensperspektiven werden begrenzt durch autoritäre und antidemokratische Strukturen sowie durch die Be-
163 satzungsrealität. Trotz hohen Bildungsstandes sind die Zukunftschancen auf entsprechende Beschäftigungsverhält-
164 nisse und berufliche Entwicklungschancen minimal.

165 Gleichzeitig stellen innerpalästinensische Kräfte, die den Dialog zwischen Palästinenser*innen und Israelis als "Nor-
166 malisierung" der Besatzung diskreditieren und sich in der sogenannten "Anti-Normalisierungsbewegung" versam-
167 meln, eine Bedrohung für unseren partner*innenschaftlichen Ansatz und Aktivist*innen vor Ort dar. Perspektivlosig-
168 keit, fortschreitender Siedlungsbau und gewalttätige Übergriffe befeuern den Konflikt und schaden damit unseren
169 Partner*innen auf palästinensischer und israelischer Seite.

170 Auch die israelische Bevölkerung äußert Kritik an der Besatzung, so veröffentlicht beispielsweise die IDF regelmäßig
171 besatzungskritische Statements. Im Schatten einer von sicherheitspolitischen Aspekten dominierten Debatte um den
172 Konflikt zwischen Israel und den Palästinenser*innen wurde das israelische Sozialstaatssystem vernachlässigt. Auch
173 werden die enormen Kosten, die durch die Aufrechterhaltung der Besatzung entstehen, in Israel kritisiert. Gerade die
174 politische Linke in Israel leidet unter der fehlenden Perspektive auf Frieden und die nicht vorhandene Aussicht auf
175 ein Ende der Besatzung.

176 Die Auswirkungen eines über Generationen gelebten und aufrechterhaltenen Systems von Unterdrückung und Besat-
177 zung sind tief in die israelische und palästinensische Gesellschaft eingedrungen. Kollektive und individuelle Traumata
178 prägen die Narrative beider Gesellschaften.

179 Nach langen Jahren israelischer Besatzung wird zunehmend konkret versucht, eine Grundlage für eine völkerrechts-
180 widrige Annexion der palästinensischen Gebiete zu schaffen. undefiniert bleibt bei allen Plänen bis heute, was eine

181 solche Entscheidung für die in den betroffenen Gebieten lebenden Israelis und Palästinenser*innen bedeutet. Für
 182 uns ist klar, dass im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung jegliche unilaterale Handlung abzulehnen und zu verurteilen
 183 ist. Nur bilateral verhandelte Abkommen zwischen den Konfliktparteien auf Augenhöhe können eine dauerhafte und
 184 menschliche Friedensperspektive bieten. Änderungen der Grenzverläufe können nur auf diesem bilateralen Verhand-
 185 lungsweg vereinbart werden.

186 **Shrinking democratic spaces und der peaceful struggle**

187 Die Errichtung eines selbstbestimmten, unabhängigen und überlebensfähigen palästinensischen Staates rückt zu-
 188 nehmend durch das Agieren der rechten israelischen Regierung, durch die Realität auf internationaler Bühne und
 189 die Spaltung der palästinensischen Gesellschaft in weite Ferne. Daraus ergibt sich umso mehr die Notwendigkeit der
 190 Palästinenser*innen, für diese Ziele zu streiten. Das Fehlen eines eigenen Staates wirkt sich auf vielfältige Weise auf
 191 den Lebensalltag aus.

192 Durch den seit Jahren fehlenden Fortschritt in den Friedensverhandlungen und das Fehlen eines Staates mangelt
 193 es in der palästinensischen Bevölkerung an zentralen Strukturen politischen Arbeitens. Die aktuelle Perspektivlo-
 194 sigkeit führt zu Resignation und Frustration, welche sich auch gegen Menschen richtet, die sich für eine friedliche
 195 Lösung einsetzen. Diese sogenannte Anti-Normalization-Bewegung setzt sich gegen jegliche Zusammenarbeit mit Is-
 196 raelis ein und verurteilt diese. Die Anhänger*innen dieser Bewegung stellen dialogorientierte Palästinenser*innen
 197 als "Normalisierer" des Besatzungszustandes dar. Sie veröffentlichen Bilder von Palästinenser*innen, die an Aktivi-
 198 tätäten mit Israelis teilnehmen, im Internet und zum Teil kommt es zu Gewalttaten. Wir erkennen es hoch an, dass
 199 unsere palästinensische Schwesterorganisation der Fateh Youth sich auch im Angesicht dieser schwierigen Situation
 200 für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Konflikts einsetzt. Zwar reichen die Kräfte der Antinormalisierungsbe-
 201 wegung bis in die Fateh hinein, eine besondere Problematik für unsere palästinensische Partnerorganisation stellt
 202 aber der Druck dar, der von autoritär-repressiven Bewegungen wie der Hamas erzeugt wird. Zahlreiche Faktoren
 203 spielen denjenigen in die Hände, die die oben genannte Antinormalisierungskampagne vorantreiben und sich gegen
 204 jegliche Kooperation mit israelischen Organisationen aussprechen. Perspektivlosigkeit, fortschreitender Siedlungs-
 205 bau und gewalttätige Übergriffe befeuern radikale Gruppierungen und schaden damit unseren Partner*innen auf
 206 palästinensischer und israelischer Seite.

207 Die Besatzung des Westjordanlands schränkt den Einsatz für die Rechte der Palästinenser*innen weiter ein. Das En-
 208 gagement der Aktivist*innen wird massiv erschwert und die politische Arbeit stark behindert. Es besteht ein ständiges
 209 Risiko, dass Aktivist*innen politischen Repressionen und Verhaftungen ausgesetzt sind. Gerade in diesem Licht ist der
 210 Weg der Fateh Youth bemerkenswert.

211 Die Shabibet Fateh verfolgt den Weg des ‚Peaceful Struggle‘. Der friedliche Einsatz für das palästinensische Volk und
 212 seine Rechte ist ein maßgebliches Merkmal der Fateh Youth. Entgegen vieler anderer Gruppen verzichten sie auf
 213 einen gewaltvollen Kampf. Mittel des ‚Peaceful Struggles‘ sind beispielsweise das Nutzen diplomatischer Wege, die
 214 Inanspruchnahme institutioneller Prozesse sowie das Erregen internationaler Aufmerksamkeit. Diese Internationali-
 215 sierungsstrategie erkennen wir als legitimen und nachhaltigen Weg an.

216

217 Auf der anderen Seite ist auch das Engagement unserer israelischen Partner*innen in der letzten Zeit um ein Vielfa-
 218 ches erschwert worden. Die Spielräume für zivilgesellschaftliche Akteur*innen und progressive Parteien sind deutlich
 219 enger geworden. Von restriktiven Gesetzen und massiven Schmah- und Einschüchterungskampagnen sind besonders
 220 Personen und Institutionen betroffen, die sich kritisch mit Israels Politik in den besetzten Gebieten, mit Menschen-
 221 rechten oder mit Fragen der Identität von Staat und Gesellschaft auseinandersetzen. Im Juli 2016 verabschiedete die
 222 Knesset das sogenannte NGO-Transparenz-Gesetz, das insbesondere darauf abzielt, Nichtregierungsorganisationen
 223 innerhalb Israels, die sich kritisch mit der Besatzungspolitik im Westjordanland auseinandersetzen, zu schwächen.
 224 Unter diesen Umständen ist die Arbeit unserer Partner*innen Young Meretz und Young Labor in hohem Maße be-
 225 merkenswert. In einer Gesellschaft, die von berechtigten Befürchtungen um ihre Sicherheit durchzogen ist, ist linkes,
 226 progressives und friedensförderndes Engagement keine Selbstverständlichkeit. Sie gründen NGOs, demonstrieren
 227 auf der Straße und streiten in den Parlamenten für eine Friedensperspektive in der Region. Wir verstehen es als
 228 unsere Aufgabe, sie bei diesem Engagement zu unterstützen.

229 **Zwei-Staaten-Lösung/Grenzen/Siedlungsbau**

230 Unserem politischen Selbstverständnis zufolge kommt nur eine nachhaltige und friedliche Lösung dieses Konfliktes
231 in Betracht, die die Interessen beider Seiten berücksichtigt. Eine solche kann nur auf der Einigung der Konfliktparteien
232 basieren. Das bedeutet, dass wir uns für eine friedliche Lösung auf Basis zweier Staaten im Einklang mit den Forde-
233 rungen unserer Partner*innenorganisationen einsetzen. Wir bekennen uns klar zum Existenzrecht und den legitimen
234 Sicherheitsinteressen des Staates Israel und bekräftigen die Notwendigkeit einer Anerkennung Israels in der Region.
235 Ebenso deutlich bekennen wir uns zur Schaffung eines unabhängigen und souveränen palästinensischen Staates
236 entlang der Grenze von 1967. Wir fordern die Verantwortlichen auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und
237 konstruktive Gespräche über die Zukunft der Region zu führen.

238 In die Diskussion des Friedensprozesses beziehen wir nicht nur parteipolitische Perspektiven mit ein, sondern werfen
239 auch den Blick auf zivilgesellschaftliche Konzepte, die in Kooperation mit unseren Partner*innen alternative Lösungs-
240 konzepte in Betracht ziehen. Diese sehen wir als einen deutlichen Gewinn für den Diskurs einer friedlichen Lösung des
241 israelisch-palästinensischen Konflikts. Zu einer friedlichen Lösung gehört für uns auch die Anerkennung Jerusalems
242 als geteilte Hauptstadt beider Seiten. Jerusalem bleibt ein Schlüsselfaktor für jedes zukünftige Friedensabkommen
243 zwischen Israel und Palästina und um die Beziehungen zwischen Israel und der muslimischen und arabischen Welt
244 zu formen. Dem internationalen Recht folgend, lehnen wir Siedlungsbau aufs Schärfste ab und fordern die Auflö-
245 sung illegaler Siedlungen. Jedoch schließen wir bei der Konfliktlösung die Möglichkeit von Land-Swaps, die von bei-
246 den Seiten gleichberechtigt verhandelt und vereinbart wurden, nicht aus. Land-Swaps bezeichnet hierbei den Tausch
247 von gleichwertigem Gebiet zwischen den beiden Parteien. Unilaterale Abkommen und Pläne, wie beispielsweise der
248 Trump-Plan, werden von uns abgelehnt. Ein Konflikt lässt sich nur durch die Verhandlung zwischen den Konfliktpar-
249 teien lösen, denn ansonsten läuft man Gefahr, eine weitere Eskalation auszulösen. Wir sehen, dass die Lösung eines
250 solchen komplexen Konfliktes nur auf Kommunikation basieren kann.

251 **Ressourcen, Infrastruktur und religiöse Stätten**

252 Bei der Verteilung von Ressourcen, dem Zugang zu Infrastruktur und religiösen Stätten beobachten wir ein Ungleich-
253 gewicht zu Ungunsten der Palästinenser*innen. Für uns steht fest: Die Einwohner*innen von Israel und Palästina
254 haben alle das Recht auf ein sicheres Leben in ihrer Region. Der Konflikt wird auf dem Rücken der Bevölkerungen
255 ausgetragen.

256 Ein sehr prominentes Beispiel, das auch durch die Hauptstreitpunkte bisher ungeklärt ist, ist der Zugang zu Wasser.
257 Nachdem Israel seit dem Sechstagekrieg die Golanhöhen besetzt hält, hat es die strategische Kontrolle über alle
258 Jordan-Quellen. Die Arabische Liga hatte vorher geplant, die Jordanquellen nach Norden umzuleiten, um Israel so vom
259 Wasser abzuschneiden. Hieran sieht man, dass die Kontrolle von Wasserressourcen untrennbar mit der Kontrolle
260 über Territorien verbunden ist.

261 Der Zugang zu sauberem Wasser ist aber nicht nur für das Individuum überlebenswichtig, sondern auch für die sozio-
262 ökonomische Entwicklung von Staaten. Obwohl nicht unbeträchtliche Teile der natürlichen Grundwasservorkommen
263 unter dem Westjordanland liegen, haben die Palästinenser*innen kaum Zugriff darauf. Es ist ihnen verboten, Brun-
264 nen ab einer gewissen Tiefe zu graben. Die Differenz des Wasserverbrauchs zwischen israelischen Kernland, den
265 illegalen Siedlungen und den palästinensischen Gebieten ist enorm. Von den gemeinsamen Wasserressourcen wer-
266 den 80 Prozent von Israel genutzt. Das ist vor allem für palästinensische Landwirt*innen ein erhebliches Problem.
267 Häufig ist die Folge davon, dass Betriebe aufgegeben wurden oder das Land verkauft werden muss. Auch die Land-
268 konfiszierung ist durch die israelischen Behörden rechtlich leichter, wenn der Boden nicht landwirtschaftlich genutzt
269 wird. Der Streitpunkt ‚Wasser‘ ist der einzige Hauptstreitpunkt, in dem seit 1995 weiter kooperiert wird. Das ‚Joint
270 Water Committee‘ tagt weiterhin. Wie gerade ausgeführt, ist die Situation nichtsdestotrotz nicht tragbar.

271 Neben Wasser muss auch der Zugang zu Strom, Nahrung, Medikamenten, Brenn- und Kraftstoffen sowie Telekom-
272 munikationsdienstleistungen gewährleistet sein. Ebenfalls muss es die Möglichkeit der ökonomischen Autonomie
273 geben: eigene Wasser-, Strom- oder Telekommunikationsanbieter*innen können Wahlfreiheit und durch Wettbe-
274 werb günstigere Preise für die Menschen vor Ort bewirken. Das gilt jetzt für die Autonomiegebiete ebenso wie für
275 einen israelischen und einen palästinensischen Staat im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung. Schon heute muss ein
276 freier Warenverkehr zwischen den verschiedenen Gebieten in Israel und Palästina und die Einfuhr von Waren aus
277 Drittstaaten gewährleistet sein.

278 Zu den Grundbedürfnissen gehört auch die Freiheit zur Ausübung der eigenen Religion. Zur Sicherung dieser per-
279 sönlichen Religionsausübung muss der ungehinderte Zugang zu den heiligen Stätten in der Region Menschen aller

280 Religionen möglich sein. Dabei erkennen wir den existierenden Status Quo beispielsweise in Bezug auf die Grabes-
281 kirche und den Tempelberg als erarbeitete Kompromisse an.

282 Neben der Ressourcenverteilung und dem Zugang zu religiösen Stätten ist eingeschränkte Mobilität weiterer Ur-
283 sprung für Konflikte. Das israelische Checkpoint-System, das auch als Teil einer israelischen Sicherheitsstrategie ver-
284 standen wird, bedeutet für die Palästinenser*innen grundlegende Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit. Perma-
285 nente und "flying" Checkpoints des israelischen Militärs bedeuten oft stundenlanges Warten. Auf dem Weg zur Arbeit
286 kann das unter Umständen zum Verlust des Arbeitsplatzes führen. Auch das stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Zustände,
287 in denen nicht gewährleistet ist, dass Menschen zur Arbeit, Universität oder ihren Familien gelangen, sind unhaltbar
288 für ein friedliches Miteinander.

289 Israelis lernen Palästina häufig nur während ihrer Militärzeit kennen. Auch, aber nicht nur, weil ihnen der Aufenthalt
290 in Area A, begründet durch Sicherheitsbedenken von Seiten der israelischen Regierung, verboten ist. Eine Annähe-
291 rung der Bevölkerungen ist aber nur durch friedlichen Austausch möglich. Dauerhafter Frieden entsteht nicht durch
292 repressive Kontrollen, sondern basiert auf gewachsenem Vertrauen auf beiden Seiten. Um das zu schaffen, muss
293 ein gegenseitiger Vertrauensvorschuss gewährt werden. Ein Ausdruck davon ist der Rückbau der Checkpoints und
294 Sperranlagen. Für eine Mauer zwischen Israel und Palästina ist kein Platz.

295

296 **Hoch die internationale Solidarität! - Ziele und Zukunft des Projekts** Wir bekennen uns erneut zu den Zielen,
297 die sich das WBC vor über 20 Jahren gegeben hat. Unser langfristiges Ziel mit dem Projekt ist es, junge Menschen
298 in Israel, Palästina und Deutschland zusammenzubringen und nachhaltige Strukturen in der Region zu schaffen, die
299 progressiven Akteur*innen eine Plattform für Austausch und Debatte bietet. Wir wollen diejenigen, die sich in der
300 Region für eine gerechte und friedliche Lösung des Konflikts einsetzen, vernetzen und empowern.

301 Gleichzeitig müssen wir den dramatisch veränderten Bedingungen, unter denen die Arbeit im Projekt heute im Ver-
302 gleich zu damals stattfindet, Rechnung tragen und unsere Arbeit und Strategie dahingehend anpassen. Während wir
303 in den 1990er Jahren eine Situation vorgefunden haben, die geprägt war von dem Osloer-Friedensprozess und damit
304 einer Perspektive für einen Frieden im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung, die von einer politischen Mehrheit getragen
305 wurde, finden wir solche Mehrheiten für eine friedliche Lösung des Konflikts heute nicht mehr vor. Stattdessen ist die
306 friedensorientierte, politische Linke in beiden Gesellschaften marginalisiert und fragmentiert und verliert seit Jahren
307 an politischem Einfluss. Auf diese geänderten Bedingungen braucht es eine gemeinsame Antwort des Projekts. Unser
308 Anspruch, Entscheider*innen der Zukunft an einen Tisch zu bringen, soll ein Update erfahren. Wir wollen gemeinsam
309 mit unseren Partner*innen darüber nachdenken, wie wir diesen zentralen Anspruch wieder mit Leben füllen können.
310 Ein Weg dabei kann für uns sein, die enge personelle Verflechtung unserer Partner*innen vor Ort in der Projektarbeit
311 zu nutzen und zivilgesellschaftliche Gruppen bzw. soziale Bewegungen verstärkt in die Arbeit des Projekts einzube-
312 ziehen. So könnte der bisherige Kampf für progressive Politik in der Region auf parlamentarischem Wege um den
313 Druck der Straße ergänzt werden.

314 Aber auch wir als Jusos wollen stärker als bisher dafür sorgen, dass die gemeinsamen Positionen unserer Partner*in-
315 nen in Zukunft mehr Gehör finden. Unser Angebot ist klar: Wir werden diesen gemeinsamen Positionen eine noch
316 breitere und wirksamere Plattform bieten, indem wir sie, wo immer das im spezifisch deutschen Kontext und im Ein-
317 klang mit unserer eigenen Perspektive möglich ist, in unsere Öffentlichkeit tragen und diese für den beschriebenen
318 Kontext übersetzen. Wir tun dies auf der Grundlage der Werte, die uns alle im Projekt einen: Sozialismus, Internatio-
319 nalismus, Feminismus sowie der Kampf gegen Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus.

320 **WBC im Verband leben**

321 Wir sehen die Notwendigkeit, die Arbeit und Bedeutung des WBC tiefer im Gesamtverband zu verankern, um Ver-
322 ständnis für die Situation vor Ort und für die Arbeit des WBC zu schaffen. Das WBC als internationales Projekt der Jusos
323 stellt einen zentralen Rahmen zum Erlernen internationaler Arbeit dar und ermöglicht es allen Beteiligten, praktische
324 internationale Arbeit zu leben. Durch den langjährigen Austausch bestehen zahlreiche freundschaftliche Verbindun-
325 gen zwischen Jusos und Genoss*innen vor Ort. Individuelle Beziehungen, vorhandene Kompetenzen und Know-How
326 sind ein bisher im Gesamtverband vernachlässigtes Potenzial. Die Kompetenzen sollen langfristig für den Verband
327 nutzbar gemacht werden!